

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuss

16. WP - 39. Sitzung

am Mittwoch, dem 5. Dezember 2007, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Astrid Höfs (SPD)

Vorsitzende

Niclas Herbst (CDU)

Hartmut Hamerich (CDU)

Manfred Ritzek (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Rolf Fischer (SPD)

Hans Müller (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

in Vertretung von Anna Schlosser-Keichel

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Weitere Abgeordnete

Lars Harms (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Susanne Herold (CDU)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Nordseekooperation	5
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1125	
(überwiesen am 15. Dezember 2006 an den Europaausschuss , den Wirtschaftsausschuss und den Umwelt- und Agrarausschuss)	
hierzu: Umdrucke 16/1860, 16/1885, 16/2005, 16/2124, 16/2136, 16/2137, 16/2138, 16/2139, 16/2149, 16/2152, 16/2153, 16/2210, 16/2363, 16/2622	
hier: Auswertung der Anhörung und Beratung des Antrags der FUEV, Umdruck 16/2622	
2. Integrativen Ansatz der europäischen Meerespolitik fördern	8
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1551	
(überwiesen am 12. September 2007 zur abschließenden Beratung)	
3. Schwerpunkte der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Kaliningrad	10
Berichtersteller: Martin Kayenburg, Landtagspräsident St Dr. Eberhard Schmidt-Elsaëßer, Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa	
4. Erhalt der deutsch-dänischen Arbeitsvermittlung GRAMARK	13
Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 16/1478	
(überwiesen am 11. Juli 2007 an den Sozialausschuss , den Europaausschuss und den Wirtschaftsausschuss)	
5. Schleswig-Holstein in Europa: Europapolitische Schwerpunkte der Landesregierung 2007 - Europabericht 2007 -	14
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1214	
(überwiesen am 9. Mai 2007 zur abschließenden Beratung)	

- 6. Transparenz bei EU-Agrarsubventionen** **15**
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1562
- (überwiesen am 12. September 2007 an den **Umwelt- und Agrarausschuss** und den Europaausschuss)
- 7. EU-Dienstleistungsrichtlinie** **16**
- Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1552
- (überwiesen am 13. September 2007 an den **Europaausschuss** und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)
- 8. Ausgestaltung des Europäischen Forschungsraums** **17**
- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/1636
- (überwiesen am 12. Oktober 2007 an den **Europaausschuss** und den Bildungsausschuss)
- 9. Terminplanung für das erste Halbjahr 2008** **18**
- hierzu: Umdruck 16/2496 (neu)
- 10. Verschiedenes** **19**
- Festlegung des Kreises der Anzuhörenden für die mündliche Anhörung
„AdR-Netzwerk Subsidiaritätskontrolle/Vorlagen zur öffentlichen Gesundheit“
- hierzu: Umdruck 16/2656

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Nordseekooperation

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1125

(überwiesen am 15. Dezember 2006 an den Europaausschuss, den Wirtschaftsausschuss und den Umwelt- und Agrarausschuss)

hierzu: Umdrucke 16/1860, 16/1885, 16/2005, 16/2124, 16/2136, 16/2137,
16/2138, 16/2139, 16/2149, 16/2152, 16/2153, 16/2210,
16/2363, 16/2622

hier: Auswertung der Anhörung und Beratung des Antrags der FUEV,
Umdruck 16/2622

hierzu: Anlage 1 zu dieser Niederschrift

St Dr. Schmidt-Elsaëßer stellt dem Ausschuss das Papier der Fachhochschule Kiel zum Thema Northern Maritime University vor, das dem Protokoll in Anlage 1 angehängt ist.

Abg. Fischer weist auf die ausgiebige Diskussion und die Anhörung hin, die zur Nordseekooperation durchgeführt worden sei. Dabei habe auch das grundsätzliche Problem eine Rolle gespielt, dass es im Nordseeraum keine so ausgeprägte gemeinsame Identität gebe, wie im Ostseeraum. Dennoch habe Schleswig-Holstein in einigen Bereichen Optionen, zum Beispiel bei Themen wie Kultur oder Minderheiten. Er schlägt vor, dem Europaausschuss im nächsten Jahr zum Thema POWER PLUS berichten zu lassen. Dies könne auch im Landtag geschehen.

Des Weiteren schlägt Abg. Fischer vor, der Europaausschuss oder das DialogForumNorden sollten sich über Möglichkeiten der wissenschaftlichen Zusammenarbeit verschiedener Forschungsinstitute zu der Situation der Friesen berichten lassen.

Sodann betont Abg. Fischer, dass man sich im kommenden Jahr mit den Wirtschaftsbeziehungen im Nordseeraum befassen solle. Diese drei Vorschläge ließen sich seiner Ansicht nach aus der Anhörung ableiten.

Abg. Ritzek betont, dass es wichtig sei, die Identität der Nordseeregion zu verbessern. Dies könne auch durch grenzüberschreitende Projekte geschehen. Er regt an zu versuchen, die Nordseeanrainerstaaten schrittweise zu kontaktieren und einzubeziehen. Dabei könnten INTERREG III B und POWER PLUS-Projekte eine Rolle spielen. Langfristig müsse das Ziel sein, Nord- und Ostseeregionen miteinander zu verbinden.

Abg. Harms betont, dass die Wirtschaft im Nordseeraum floriere, die kulturelle Zusammenarbeit aber durchaus ausbaufähig sei. Er begrüßt den Antrag der FUEV und plädiert dafür, um Unterstützung bei der Landesregierung zu werben.

LP Kayenburg begrüßt ebenfalls, die Nordseekooperation weiter voranzutreiben. Zum Antrag der FUEV (Umdruck 16/2622) führt er aus, dieser sei sehr gut, da es sich bei den Teilnehmern jedoch nicht nur um Nordseeanrainerstaaten handle, gehöre dies nicht direkt in den Themenbereich der Nordseekooperation. Solle sich die Regierung jedoch entschließen, diesen Antrag zu unterstützen, halte er das für sinnvoll. In jedem Fall sei die Unterstützung aber eine Aufgabe der Exekutive.

Im Hinblick auf die Stellungnahme des Kreises Nordfriesland (Umdruck 16/2210) weist er darauf hin, dieses enthalte den wichtigen Hinweis, dass die Nordseekooperation nicht weniger bedeutsam als die Ostseekooperation sein dürfe. Man habe die Nordseekooperation lange vernachlässigt, sei mit den jetzigen Anstrengungen aber auf einem guten Weg. In diesem Zusammenhang merkt LP Kayenburg auch an, dass die Konferenz der Peripheren Küstenregionen Europas (KPKR), nicht direkt als Organisation der Nordseekooperation verstanden werden könne, da auch viele andere Küstenregionen in dieser Konferenz vertreten seien. Dort müsse man sich stärker mit Themen wie Meeressicherheit und der Entwicklung des Wattenmeeres auseinandersetzen. LP Kayenburg erwähnt auch die Kompetenzanalyse „Minderheiten als Standortfaktor im deutsch-dänischen Grenzland“, die im Hinblick auf die Rolle der Minderheiten detaillierter Auskunft geben solle. Die Ergebnisse dieser Studie lägen aber erst im Frühjahr 2008 vor und müssten dann ausgewertet werden. Eine Klammer zwischen Nord- und Ostsee könnte die Politik der nördlichen Dimension sein. In diesem Zusammenhang weist er auch auf das Blaubuch der Europäischen Kommission und den darin enthaltenen maritimen Aktionsplan hin, der ebenfalls für die Nordseekooperation von erheblicher Bedeutung sein könne.

Abg. Ritzek und Abg. Fischer äußern sich kritisch zu der Möglichkeit der Finanzierung des von der FUEV gestellten Antrags. Obwohl dieser inhaltlich zu begrüßen sei, könne – so betont Abg. Fischer – der Ausschuss keinen Zuschuss geben, da sonst ein Präzedenzfall geschaffen werde. Er schlägt vor, die Landesregierung zu bitten, Finanzierungsmöglichkeiten zu

prüfen. Der Ausschuss kommt überein, sich über das Programm POWER PLUS berichten zu lassen, und sich dafür einzusetzen, die wirtschaftlichen Beziehungen in der Nordseekooperation zu stärken.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Integrativen Ansatz der europäischen Meerespolitik fördern

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1551

(überwiesen am 12. September 2007 zur abschließenden Beratung)

Zum Bericht der Landesregierung weist St Dr. Schmidt-Elsaeßer auf die Wichtigkeit der Umsetzung der auf europäischer Ebene beschlossenen Maßnahmen in Schleswig-Holstein hin. Aus Sicht der Landesregierung sollte Schleswig-Holstein Modellregion werden. Die Federführung bei der Umsetzung liege im Wirtschaftsministerium.

Abg. Dr. Klug möchte wissen, ob es eine Begründung dafür gebe, dass die russische Seite die Einrichtung einer Task-Force Meerespolitik bei der Ostseeparlamentarierkonferenz in Malmö abgelehnt habe. – AL Musiolik antwortet, dass es auf der russischen Seite Befürchtungen gebe, bei dieser Politik ausgeschlossen zu sein, da es sich um europäische Meerespolitik handle. Er plädiert dafür, die russische Seite stärker einzubeziehen. Es habe ein Treffen zwischen Vertretern Schleswig-Holsteins, Hamburgs und Mecklenburg-Vorpommerns gegeben, um Möglichkeiten zu erörtern, wie man die Widerstandshaltung Russlands abbauen könne. Jetzt solle zeitnah ein Gespräch mit dem russischen Botschafter gesucht werden. Die Idee der Task-Force Meerespolitik solle auch im Zusammenhang mit einer Reform des Ostseerates stärker in den Vordergrund gerückt werden.

Auf eine Nachfrage des Abg. Dr. Klug zu den Eigenschaften einer Task-Force führt AL Musiolik aus, dass es sich dabei nicht um eine Arbeitsgruppe im herkömmlichen Sinne handle, die ressortorientiert sei. Vielmehr handle es sich um eine Projektgruppe, die ressortübergreifend handeln solle. Damit wolle man dem Ziel der Schaffung einer maritimen Modellregion 2015 näher kommen.

Abg. Fischer schlägt vor, in Anbetracht der zu erwartenden schwierigen Beratungen das Thema bei der nächsten gemeinsamen Sitzung mit Hamburg auf die Tagesordnung zu setzen, um es noch einmal zu diskutieren und die Positionen abzustimmen.

Abg. Ritzek betont, dass das Thema schon in der letzten Landtagsdebatte behandelt worden sei. Auf politischer Ebene geschehe viel, auch Russland zeige sich nicht gänzlich unbeweglich.

Die Vorsitzende plädiert dafür, das Thema weiter intensiv zu begleiten.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Schwerpunkte der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Kaliningrad

Berichterstatter: Martin Kayenburg, Landtagspräsident
St Dr. Eberhard Schmidt-Elsaesser, Ministerium für Justiz,
Arbeit und Europa

LP Kayenburg verweist auf den Bericht über seine Kaliningrad-Reise, die in der IHK-Zeitschrift „Wirtschaft zwischen Nord- und Ostsee“ im Dezember 2007 erschienen sei. Kaliningrad sei eine aufstrebende Region, in der viel passiert und die sehr an einer intensiven Zusammenarbeit mit Westeuropa interessiert sei. Die Tatsache, dass Kaliningrad am Parlamentsforum Südliche Ostsee teilnehme, zeige dies deutlich.

Es gebe Vorschläge für eine Intensivierung der Partnerschaft der Parlamente, zum Beispiel durch die Hospitation von Abgeordneten aus der Kaliningrader Gebietsduma bei Veranstaltungen wie der NORLA oder der Nordbau. Auch eine Zusammenarbeit auf Ausschussebene sei geplant, zum Beispiel zwischen den Bildungsausschüssen.

Faszinierend sei insgesamt die schnelle Entwicklung in Kaliningrad. Moskau plane, in Kaliningrad ein Klinikum mit moderner kardiologischer Abteilung aufzubauen. Auf diesem Gebiet wolle man mit Kaliningrad kooperieren. Auch das Gebiet Abwasser- und Abfallwirtschaft solle weiter bearbeitet werden. Der Landtagspräsident erklärt sich bereit, die Ergebnisse seiner Reise dem Ausschuss noch einmal schriftlich zuzuleiten. Abschließend verweist LP Kayenburg auf die Differenz zwischen der rapiden Entwicklung im städtischen Bereich und den vernachlässigten ländlichen Regionen.

St Dr. Schmidt-Elsaesser hebt hervor, dass das Interesse der Region an Kontakten zu Deutschland sehr groß sei, was auch an der Größe der Delegation ablesbar gewesen sei, die Kiel besucht habe. - AL Musiolik hebt ergänzend hervor, dass der Landtagspräsident sehr kompetent die Arbeit der Landesregierung unterstützt habe, dies sei ein gutes Beispiel für Kooperation zwischen Landtag und Landesregierung. Die Veranstaltungen hätten ein großes Echo gefunden und zahlreiche Besucher angezogen.

Unter anderem habe es einen Runden Tisch zur beruflichen Bildung gegeben – einem wichtigen Thema in Kaliningrad. Die Bildungsministerin aus Kaliningrad habe Experten aus

Schleswig-Holstein zu einer Delegationsreise und Expertengespräche für Mai und Juni 2008 eingeladen. Weitere Einladungen in beide Richtungen seien erfolgt. MP Carstensen sei nach Kaliningrad eingeladen worden, Gouverneur Boos im Gegenzug zum Schleswig-Holstein-Musikfestival nach Schleswig-Holstein. Insgesamt könne man aus dem Besuch der Kalininger Delegation eine positive Bilanz ziehen, auch wenn es organisatorische Schwierigkeiten mit der russischen Seite gegeben habe. Man hoffe, dass sich aus dem Besuch Aktivitäten für die kommenden Jahre entfalten.

Auf eine Frage des Abg. Fischer zu einer möglichen Kooperation der Agrarwissenschaftlichen Fakultät der CAU mit Kaliningrad zur Unterstützung der Entwicklung der ländlichen Regionen verweist LP Kayenburg an den Umwelt- und Landwirtschaftsminister Dr. von Boetticher, der ein gutes Verhältnis zum Landwirtschaftsminister Kaliningrads, Herrn Romanow, habe.

Abg. Fischer interessiert, inwieweit es eine Lösung für die Visaprobleme gebe und ob der Vertreter der Bundesrepublik Deutschland noch in dem alten Gebäude residiere, das er bisher genutzt habe. – Dazu führt LP Kayenburg aus, der Generalkonsul wolle vorübergehend in die Visastelle umziehen, da die bisherige Residenz nicht angemessen sei und eine endgültige Lösung noch einige Zeit beanspruche. Zur Visaproblematik allgemein führt er aus, dass er es für sinnvoll halte, darauf hinzuwirken, die Visumpflicht aufzuheben, da sie wirtschaftliche Kontakte behindere und gleichzeitig den Zweck, illegale Grenzübertritte zu verhindern, nur unzureichend erfülle.

Auf eine Frage des Abg. Dr. Klug zur wirtschaftlichen Entwicklung Kaliningrads merkt LP Kayenburg an, seiner Ansicht nach sei diese Entwicklung von der Moskauer Zentralregierung gewollt und werde intensiv finanziell gefördert. Eine finanzielle Unterstützung aus Moskau nutze vor allem der Infrastruktur – zum Beispiel dem Ausbau des Flughafens sowie der Verbesserung der Anbindung des Flughafens an die Stadt Kaliningrad selbst - , was neue Investitionen anziehen könne. Auch der Hafen sei Teil der Infrastrukturprojekte.

Darüber hinaus plane Kaliningrad den Bau einer Spielzone, die unter anderem ein Kreuzfahrtterminal und Spielkasinos umfassen solle. Auch hier würden die Gelder aus Moskau sinnvoll angelegt. Auch die Tatsache, dass eine bekannte schwedische Möbelkette ein Möbelhaus in Kaliningrad errichte, spreche für den wirtschaftlich aufstrebenden Charakter der Region und für die positive Einschätzung dieser Entwicklung durch ausländische Unternehmen.

Abg. Fischer legt dar, dass es zunehmend Berichte von Hilfstransporten gebe, die an der Grenze abgewiesen würden, weil man in dem Gebiet Kaliningrad keine Almosen annehmen

wolle. – Dazu regt LP Kayenburg an, stärker auf Wünsche aus Kaliningrad einzugehen und auf diese Weise dafür zu sorgen, dass Hilfstransporte nicht mehr als Almosen empfunden würden. Eine Möglichkeit sehe er auch darin, über das bestehende deutsch-russische Haus in Kaliningrad Hilfskontakte zu schaffen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Erhalt der deutsch-dänischen Arbeitsvermittlung GRAMARK

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/1478

(überwiesen am 11. Juli 2007 an den **Sozialausschuss**, den Europaausschuss
und den Wirtschaftsausschuss)

Der Europaausschuss schließt sich dem Votum des Wirtschaftsausschusses an und empfiehlt dem Sozialausschuss, dem Landtag zu empfehlen, den Antrag der Abgeordneten des SSW für erledigt zu erklären.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Schleswig-Holstein in Europa: Europapolitische Schwerpunkte der Landesregierung 2007 - Europabericht 2007 -

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1214

(überwiesen am 9. Mai 2007 zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Transparenz bei EU-Agrarsubventionen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1562

(überwiesen am 12. September 2007 an den **Umwelt- und Agrarausschuss**
und den Europaausschuss)

Abg. Hamerich betont, dass es seiner Ansicht nach durch eine Veröffentlichung der Zahlen bei Agrarsubventionen zu einer Neiddebatte kommen könne, wenn jeder Landwirt sehen könne, welche Subventionen der Nachbar bekomme. Darüber hinaus gebe es auch datenschutzrechtliche Bedenken.

Abg. Fischer teilt die datenschutzrechtlichen Bedenken und weist auch auf die Stellungnahme des Datenschutzbeauftragten hin, der dies ebenfalls kritisch beurteilt habe. Da es sich bei den Subventionen aber um Steuergelder handele, gebe es durchaus gute Gründe dafür, auf lange Sicht für mehr Transparenz zu sorgen. Aufgrund der datenschutzrechtlichen Bedenken spricht er sich dafür aus, den Antrag abzulehnen.

Mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP empfiehlt der mitbeteiligte Europaausschuss dem federführenden Umwelt- und Agrarausschuss, dem Landtag die Ablehnung des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/1562, zu empfehlen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

EU-Dienstleistungsrichtlinie

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1552

(überwiesen am 13. September 2007 an den **Europaausschuss** und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Ausgestaltung des Europäischen Forschungsraums

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/1636

(überwiesen am 12. Oktober 2007 an den **Europaausschuss** und den Bildungsausschuss)

Abg. Fischer schlägt vor, als Ausschuss das Gespräch mit der Universität zu suchen und zu eruieren, welche konkreten Möglichkeiten für die Hochschulen, zum Beispiel die CAU, bestünden, sich am europäischen Forschungsraum zu beteiligen. Dabei könne man auch in Erfahrung bringen, welche Projekte oder Programme schon angestoßen worden seien.

In Übereinstimmung mit dem mitberatenden Bildungsausschuss empfiehlt der Europaausschuss dem Landtag einstimmig die Annahme des Antrags der Fraktionen von CDU und SPD.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Terminplanung für das erste Halbjahr 2008

hierzu: Umdruck 16/2496 (neu)

Der Ausschuss beschließt die Sitzungstermine für das erste Halbjahr 2008, Umdruck 16/2670.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Festlegung des Kreises der Anzuhörenden für die mündliche Anhörung „AdR-Netzwerk Subsidiaritätskontrolle/Vorlagen zur öffentlichen Gesundheit“

hierzu: Umdruck 16/2656

Abg. Fischer berichtet, er habe von einem deutsch-dänischen Krankenhaus gehört und bittet darum, zu diesem Thema nähere Informationen zu bekommen. RL Schmidt Holländer weist darauf hin, dass dieses Thema im Nordschleswig-Gremium angesprochen worden sei. In diesem Zusammenhang habe Hinrich Jürgensen darauf hingewiesen, dass es Visionen gebe, eine grenzüberschreitende Kooperation anzustoßen. Sie bietet an, interessierten Ausschussmitgliedern den Bericht von Hinrich Jürgensen zuzuleiten.

St Dr. Schmidt-Elsaëßer informiert den Ausschuss darüber, dass Herr Dietrich Seele zum 1. Januar 2008 ins Bundesverkehrsministerium wechseln werde, da Bundesverkehrsminister Tiefensee einen Schwerpunkt auf Meerespolitik legen wolle. Es handele sich zunächst um eine Abordnung von zwei Jahren. Auf das Land kämen keine finanziellen Belastungen zu, die Stelle werde zudem nachbesetzt.

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, schließt die Sitzung um 11:15 Uhr.

gez. Astrid Höfs
Vorsitzende

gez. Dörte Schönfelder
Geschäfts- und Protokollführerin



NORTHERN MARITIME UNIVERSITY

Prof. Dr. Thomas Pawlik, Schiffahrtskfm., Dipl.Kfm.

Unter der Dachmarke der „Northern Maritime University (NMU)“ wollen eine Reihe von europäischen Hochschulpartnern ihre seeverkehrswirtschaftlichen Lehrmodule den Studierenden der Partneruniversitäten des NMU-Netzwerks zugänglich machen. Es geht dabei nicht um nautisch-technische Aspekte, sondern um Inhalte, die i.w.S. dem Bereich „Maritime Business Management“ zuzuordnen sind.

Abbildung 1 verdeutlicht den Netzwerkgedanken der NMU: Die von NMU-Partnern entwickelten Module stehen allen Studierenden des Netzwerkes zur Verfügung und die erfolgreiche Absolvierung der Module wird von allen beteiligten Institutionen problemlos anerkannt.

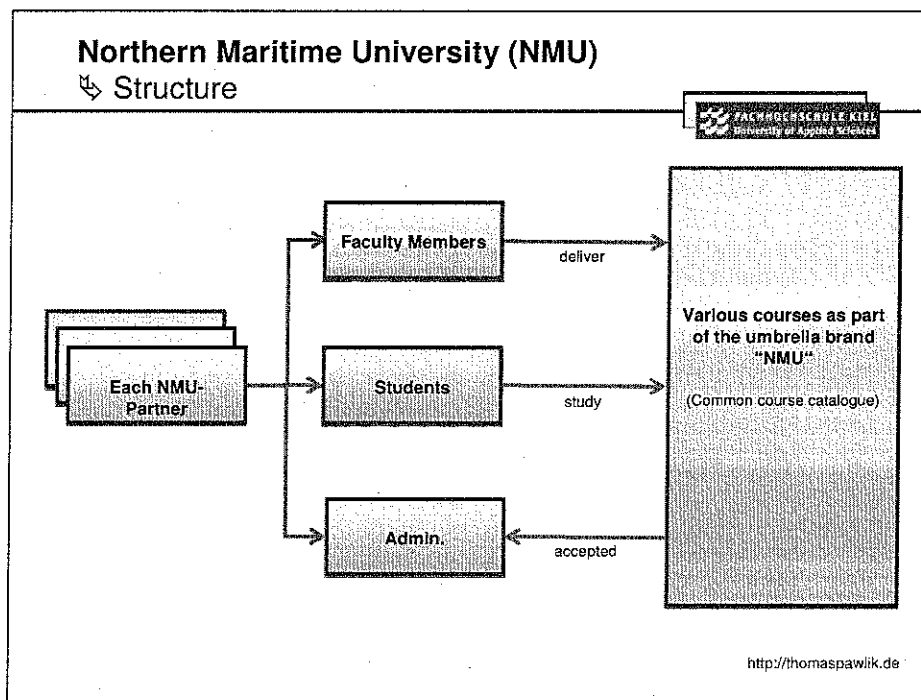


Abb. 1: Struktur der NMU

Die Northern Maritime University ist insofern ein Baustein auf dem Weg zum europäischen Hochschulraum und ermöglicht unter Anwendung von einheitlichen Qualitätskriterien für den Bereich der Seeverkehrswirtschaft die durch den Bologna-Prozess geforderte Steigerung und Erleichterung der Mobilität von Studierenden und Lehrenden.

E-Learning-Elemente sind ebenso Bestandteil des NMU-Konzeptes, wie die Möglichkeit, auch einzelne Module im Rahmen von Weiterbildungsmaßnahmen zu belegen. Das seeverkehrswirtschaftliche Lehrangebot der teilnehmenden Institutionen wird somit durch die Northern

Maritime University inhaltlich stark erweitert und in einem noch höheren Maße als zuvor internationalisiert.

Die Grundidee der NMU soll am Beispiel des Studienschwerpunkts Seeverkehrswirtschaft am Fachbereich Wirtschaft der Fachhochschule Kiel verdeutlicht werden: Studierende, die diesen Schwerpunkt im Rahmen ihres betriebswirtschaftlichen Bachelorstudiums wählen, müssen (mindestens) vier seeverkehrswirtschaftliche Module belegen. Im Rahmen des NMU-Verbundes kann beispielsweise in einem Studienhalbjahr ein Modul in Kiel studiert werden, im Folgesemester dann z.B. zwei Module an der Universität Göteborg und ein weiteres Modul, etwa während eines überseeischen Praktikums, als E-Learning Einheit (vgl. Abb. 2). Auch jede andere Kombination ist, sowohl auf Bachelor- als auch auf Masterebene, bei harmonisierten Curricula innerhalb des NMU-Netzwerkes möglich.

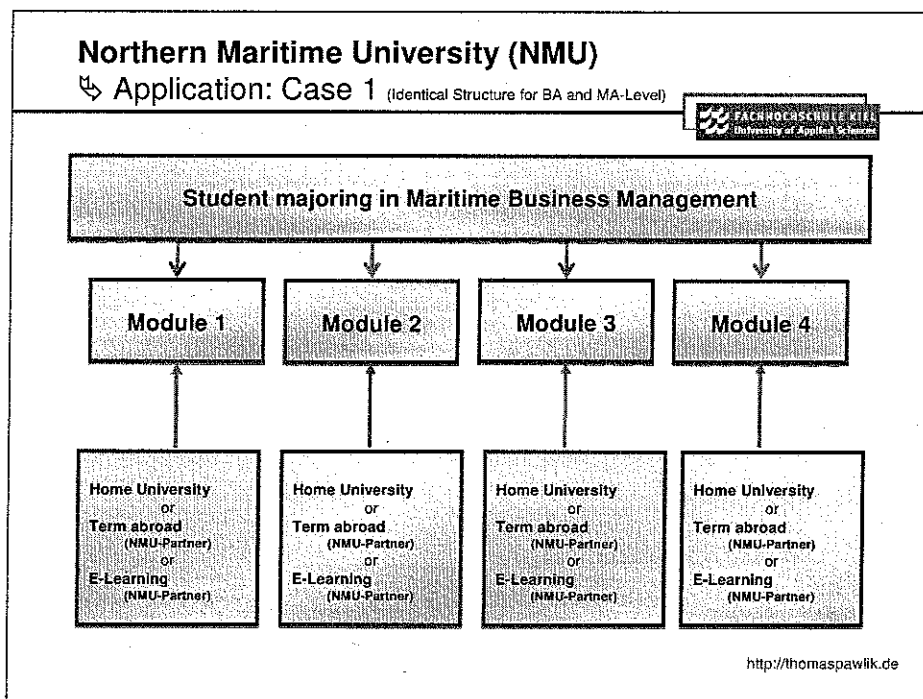


Abb. 2: Seeverkehrswirtschaftliches Studium im NMU-Verbund

Für Unternehmen der Seeverkehrswirtschaft und deren Beschäftigte stellt der NMU-Verbund darüber hinaus eine Plattform für Personalentwicklungsmaßnahmen dar: Einzelne seeverkehrswirtschaftliche Module aus dem gemeinsamen NMU-Angebot können bedarfsgerecht belegt werden und bei erfolgreicher Absolvierung i.d.R. auch als Studienleistungen angerechnet werden (vgl. Abb. 3). Des Weiteren wird das NMU-Netzwerk für Forschungsaufträge sowie für weitere Bildungsdienstleistungen der maritimen Wirtschaft zur Verfügung stehen.

Das Projekt der Northern Maritime University wurde am Institut für Supply Chain und Operations Management am Fachbereich Wirtschaft der Fachhochschule Kiel ins Leben gerufen und hat bereits breite Unterstützung in der maritimen Wirtschaft und bei den seeverkehrswirtschaftlich

ausbildenden Hochschulen gefunden. Abbildung 4 zeigt den Stand des NMU-Konsortiums in der Ostseeregion (BSR) und in der Nordseeregion (NSR) zum Zeitpunkt September 2007. Für das Projekt wird eine EU-Förderung sowohl für den Ostseeraum (Lead Partner: Fachhochschule Kiel) als auch für den Nordseeraum (Lead Partner: Napier University Edinburgh) angestrebt.

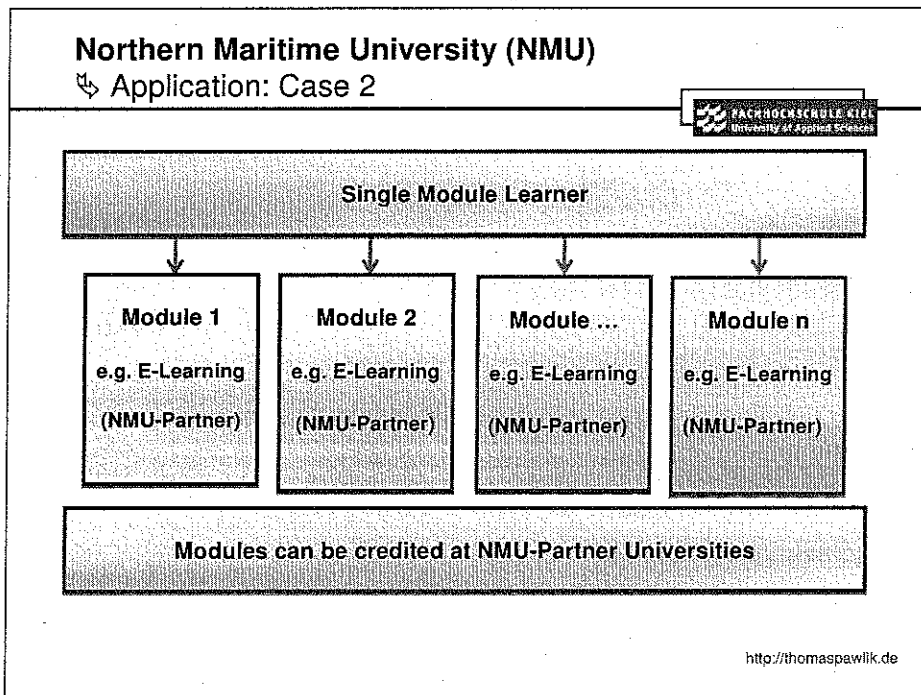


Abb. 3: Seeverkehrswirtschaftliche Weiterbildung im NMU-Verbund

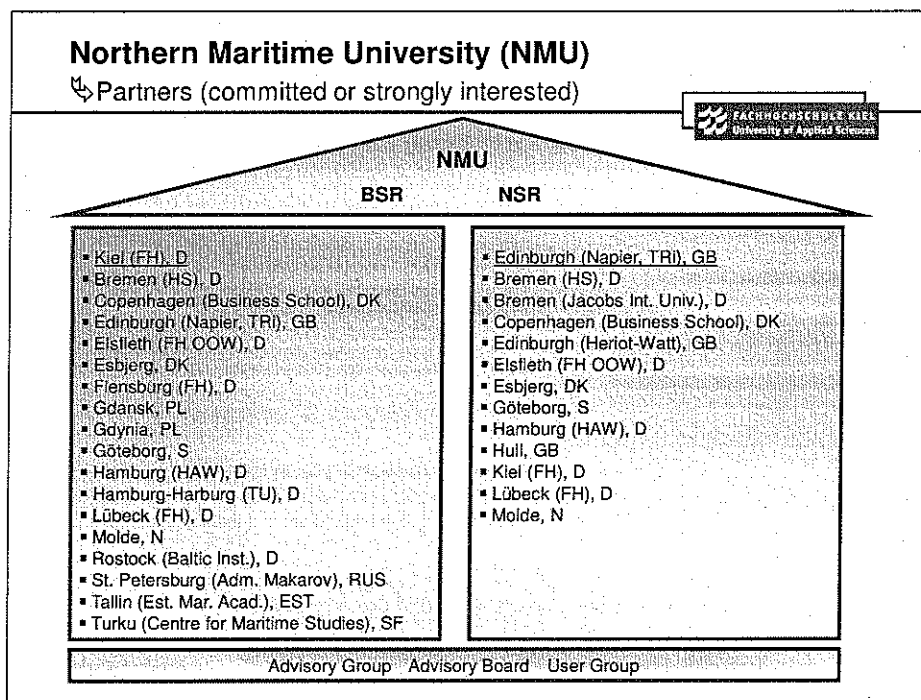


Abb. 4: NMU-Konsortium